

Pressemitteilung

Wirtschaft im Norden präsentiert politikwissenschaftlich fundierte Entscheidungshilfe für die Bundestagswahl

Kiel, 30. Januar Der Verein „Wirtschaft für einen weltoffenen und demokratischen Norden“ und Politikprofessor Dr. Christian Martin von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel haben heute die Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die Wählerinnen und Wählern eine Entscheidungshilfe für die Bundestagswahl an die Hand geben soll. Die Untersuchung, die vom Verein in Auftrag gegeben wurde, bietet eine neutrale, wissenschaftlich fundierte Grundlage für Wahlentscheidungen. Sie richtet sich insbesondere an Unternehmen und ihre Beschäftigten.

„Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen aktiv an ihr beteiligen. Doch viele haben nicht die Zeit, sich durch komplexe Wahlprogramme zu arbeiten. Unsere Initiative will diese Lücke schließen – unabhängig, wissenschaftlich fundiert und klar verständlich“, erklärte Bärbel Boy, Vorstandsvorsitzende des Vereins, bei der Präsentation der Ergebnisse in Kiel. „Drei Wochen vor einer Wahl sind bis zu 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler noch unentschieden“, ergänzte Prof. Dr. Martin.

Der Verein und Prof. Dr. Martin stellten die Entscheidungshilfe als übersichtliches Faltblatt in Papier und digitaler Form vor, die ab sofort in Unternehmen verteilt oder über digitale Schwarze Bretter, Newsletter und das Intranet für die Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden können. „Zudem kann unsere Entscheidungshilfe ab sofort auch auf unserer Homepage unter www.wiwon.eu heruntergeladen werden“, unterstrich Bärbel Boy. Dort sind zudem die Studienergebnisse von Prof. Martin und weiterführende Informationen zu finden.

Einzigartige Initiative aus der Nord-Wirtschaft

Die Initiative des Vereins ist die erste ihrer Art in Norddeutschland und setzt ein starkes Zeichen für die Verbindung von politischer Bildung und unternehmerischer Verantwortung. Gemeinsam mit Prof. Dr. Martin, Professor für Vergleichende Politikwissenschaften, wurde eine Analyse der Wahlprogramme von sieben Parteien - SPD, Union, Grüne, Linke, FDP, AfD und BSW - erstellt, die sich auf elf zentrale Themenfelder konzentriert. Dazu gehören unter anderem Klimaschutz, Migration, wirtschaftliche Freiheit und Weltoffenheit. „Es ging uns nicht darum, Wahlempfehlungen auszusprechen. Vielmehr wollten wir eine transparente Grundlage schaffen, die Unternehmen und Beschäftigte befähigt, informierte Entscheidungen zu treffen“, so Boy.

Die Kernbotschaften der Studie

Die Untersuchung von Prof. Dr. Martin hebt folgende zentrale Erkenntnisse hervor:

- Fokus auf elf zentrale Themenfelder: Die Analyse misst die Positionen der Parteien in Kategorien wie z. B. Klimaschutz, Migration, Weltoffenheit, Umverteilung und wirtschaftliche Freiheit. Diese Themen bilden die Grundlage für die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.
- Europa: Während das Thema Europa bei allen anderen Parteien eine größere Rolle spielt, erreicht die AfD hier einen deutlich niedrigeren Wert.
- Weltoffenheit und Diversität als Polarisierungsthema: Während Grüne und SPD in dieser Kategorie Spitzenwerte erzielen, zeigt sich bei der AfD der mit Abstand niedrigste Wert, was deutliche programmatische Unterschiede in der gesellschaftspolitischen Ausrichtung verdeutlicht.
- Klimaschutz als Schlüsselthema: Die Grünen und SPD legen hier die größten Ambitionen an den Tag, während die Union moderate Positionen einnimmt und die AfD den Klimaschutz am wenigsten priorisiert.
- Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Umverteilung: Parteien wie FDP und CDU/CSU setzen auf wirtschaftliche Freiheit, während SPD, Grüne und Linke eine stärkere Umverteilung und staatliche Regulierung befürworten.
- Migration: Zwischen Offenheit und Begrenzung: Die Parteien zeigen deutliche Unterschiede in der Migrationspolitik, wobei Grüne und SPD für Offenheit stehen, während Union und AfD restriktivere Ansätze verfolgen.

- Einigkeit bei wehrhafter Demokratie und Ukraine-Unterstützung: Fast alle Parteien betonen die Bedeutung der Demokratie und der Unterstützung der Ukraine. Unterschiede bestehen vor allem in den Detailpositionen.
- Windenergie als Konsensthema mit Nuancen: Fast alle Parteien unterstützen den Ausbau der Windenergie, wobei Unterschiede in der Priorisierung sichtbar sind.
- Die Schuldenbremse bleibt ein ideologischer Streitpunkt: CDU/CSU und FDP bekräftigen ihre Unterstützung für die Schuldenbremse, während SPD und Linke sie weniger stark priorisieren.
- Regierungs- und Oppositionsdynamik prägen die Ergebnisse: Parteien in der Opposition, wie die AfD und Linke, neigen stärker dazu, Themen kritisch zu bewerten, während Regierungsparteien ausgewogenere Positionen vertreten.
- Methodische Transparenz und Grenzen der Analyse: Die Ergebnisse basieren auf der Auswertung von Wahlprogrammen, was die Neutralität und wissenschaftliche Genauigkeit unterstreicht. Sie spiegeln jedoch nicht immer die Gewichtung der Themen in den Parteiprogrammen wider.

Wissenschaft für einen weltoffenen und demokratischen Norden

Die präsentierten Ergebnisse sollen nicht nur Unternehmen und ihren Beschäftigten eine Orientierung bieten, sondern auch einen Beitrag zur politischen Bildung leisten. „Die Wirtschaft hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Mit dieser Untersuchung leisten wir einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung eines offenen Dialogs“, betonte Boy. „Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie erfordert Engagement, Informationen und die Bereitschaft, sich mit den Positionen der Parteien auseinanderzusetzen. Genau dabei wollen wir unterstützen“, fügte Prof. Dr. Martin hinzu.

Ein Beitrag zur Zukunft

Der Verein „Wirtschaft für einen weltoffenen und demokratischen Norden“ sieht in der Studie einen ersten Schritt, um die politische Beteiligung zu fördern und demokratische Werte in der Wirtschaft zu stärken. Die vorgestellte Entscheidungshilfe soll dabei nicht nur für die kommende Bundestagswahl genutzt werden, sondern auch für zukünftige Projekte als Vorbild dienen. „Mit dieser Studie möchten wir eine fundierte Grundlage für einen offenen Diskurs schaffen – unabhängig von Ideologien und Parteipolitik“, so Boy abschließend.

Kontakt für Rückfragen:

Carsten Maltzan

carstenmaltzan@icloud.com

01638555554

Über den Verein „Wirtschaft für einen weltoffenen und demokratischen Norden“:
Der Verein setzt sich für Demokratie, Weltoffenheit und solidarisches Handeln in der Wirtschaft ein. Ziel ist es, Brücken zu bauen und das Engagement von Unternehmen für eine gerechte Gesellschaft zu fördern.

Wirtschaft für
einen **weltoffenen**
Norden

